

NZZ am Sonntag

North Stream 2

Es wäre besser, spät als nie das Pipeline-Projekt aufzugeben

Während Regierungskritiker in Russland an diesem Sonntag wohl wieder niedergeknüppelt und in Polizeiwagen weggefahren werden, verlegen Arbeiter in der Ostsee die letzten Rohre der Pipeline North Stream 2. Passt das zusammen? Nein. Muss einen das stören? Ja. Den wirtschaftlichen Nutzen einer zweiten Gaspipeline aus Russland nach Deutschland hat die Fachwelt hinlänglich infrage gestellt. Auch nach dem Ausstieg aus der Atom- und Kohleenergie wird die Versorgung mit Erdgas stehen. Die Angebotslücke gibt es im Fall North Stream 2 nicht, die Rechtfertigungslücke sehr wohl. Selbstverständlich kann man das alles sauber trennen: unternehmerischen Profit, geopolitische Überlegungen, die Moral. Im Ergebnis entscheidend für das Urteil über North Stream 2 ist jedoch die Botschaft, welche die deutsche Regierung mit ihrer beharrlichen Unterstützung dieses Projekts gibt. Sie lautet: Rechtsstaat und Menschenrechte haben ein Preisschild, und Wladimir Putin kann sich alles erlauben, wenn der Preis nur stimmt. Den russischen Oppositionsführer pflegt man nach dem Giftanschlag mit deutscher Professionalität wieder gesund, aber mit dem mutmasslichen Auftraggeber dieses Mordversuchs macht man ein weiteres Geschäft. Es ist besser, sehr spät noch aus diesem Projekt auszusteigen, als gar nicht. *Markus Bernath*

Corona

Abschottung funktioniert in Europa nicht

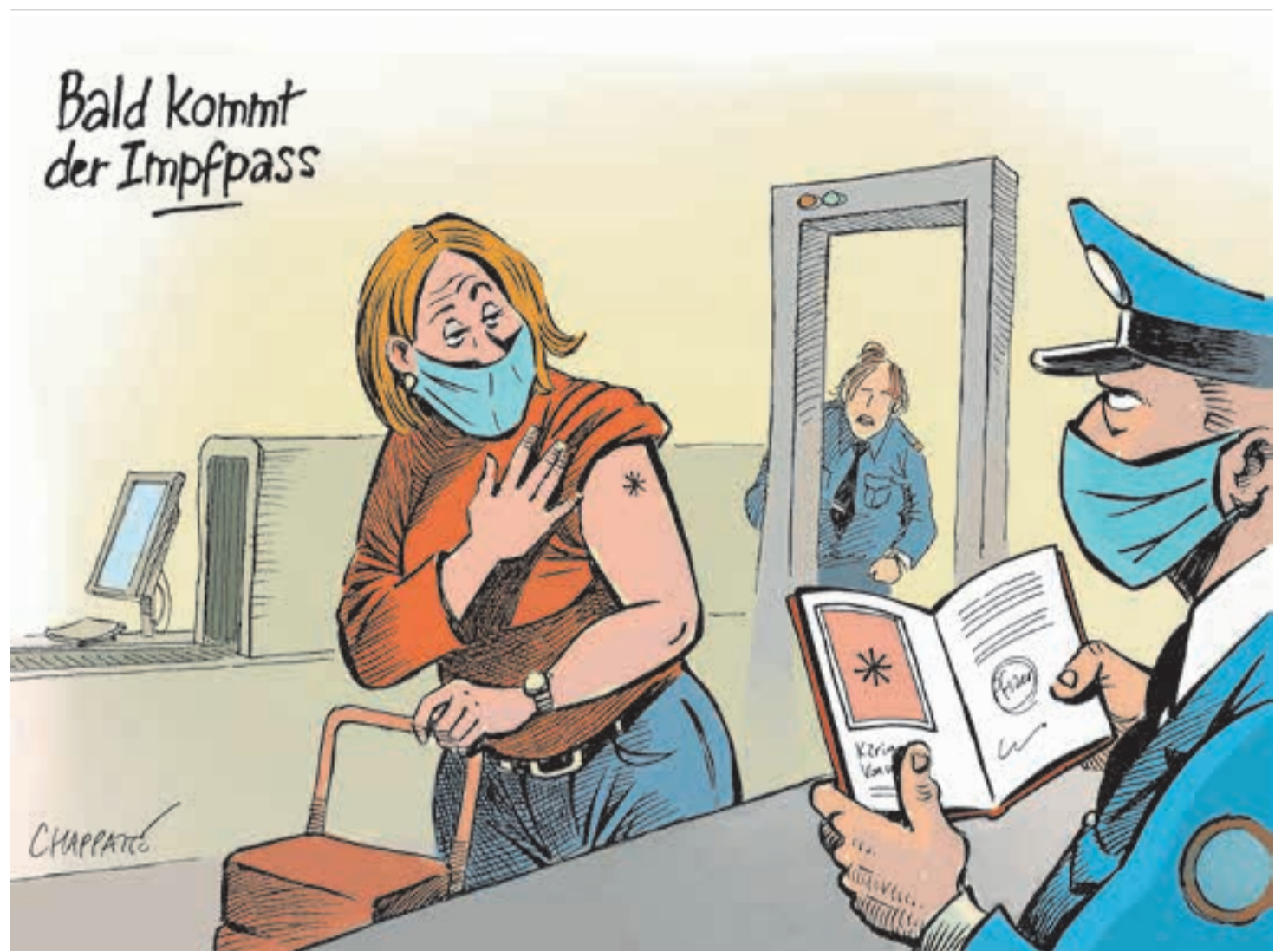
Erinnern Sie sich an die Bilder von binationalen Liebespaaren in Basel oder Kreuzlingen, die sich nur noch Luftküsse über den Grenzzaun zuschicken konnten? Sie sind im vergangenen Frühling, als Corona Europa erreichte, zum Symbol geworden für eine Lektion, die uns die Pandemie erteilt hat: Die schmerzhaften Grenzschiessungen verfehlten nicht nur ihre Wirkung bezüglich einer dauerhaften Eindämmung des Corona-Virus. Sie zeigten auch, dass offene Grenzen mittlerweile unverzichtbar geworden sind für das wirtschaftliche und soziale Leben in der Schweiz und ihren Nachbarländern. Ohne die Grenzgängerinnen und Grenzgänger käme das Gesundheitswesen in den Schweizer Grenzkannten rasch an den Anschlag. Das ist nur ein Beispiel. Der Entscheid Frankreichs vom Freitagabend, die Schweiz ausdrücklich von der beschlossenen Grenzschiessung auszunehmen, ist der jüngste Beweis, dass nicht nur wir, sondern auch unsere EU-Nachbarn kein Interesse an einer gegenseitigen Abschottung haben. Rigide Grenzkontrollen oder sogar Schliessungen, wie sie in der Schweizer Politik beinahe rituell immer wieder einmal gefordert werden, sind angesichts der Realität blosse Scheindebatten. *Anja Burri*

Gewinnausschüttung

Die Nationalbank handelt klug

Gouverner, c'est prévoir: Nach diesem Motto hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Gewinnausschüttung an Bund und Kantone auf maximal sechs Milliarden Franken pro Jahr erhöht. Der Schritt ist richtig. Erstens hat die Nationalbank genügend Geld auf der Seite. Dank dem Boom an der Börse erreichen ihre Reserven bereits 100 Milliarden Franken. Zweitens kommen die höheren Ausschüttungen im richtigen Moment. Denn der Staat muss wegen der Pandemie deutlich mehr ausgeben. Und drittens stärkt die SNB ihre Unabhängigkeit. Regelmässig haben Politiker versucht, den SNB-Topf für eigene Begehlichkeiten zu nutzen, zum Beispiel im Streit um die AHV. Jetzt hat die SNB diese Diskussion elegant beendet. *Albert Steck*

Chappatte



Der externe Standpunkt

International tätige Hilfswerke müssen sich auch innenpolitisch engagieren

Kaum werden Entwicklungsorganisationen zu wichtigen Akteuren in der hiesigen Politik, versucht man sie mit Vorstössen zurückzubinden. Das schadet der Demokratie, **schreibt Melchior Lengsfeld**

Demokratie. So intensiv wie in den letzten Wochen diskutierte die Schweiz lange nicht mehr über ihr politisches System - unter anderem infolge der knapp abgelehnten Konzernverantwortungsinitiative (KVI). Im Anschluss daran haben mehrere Politikerinnen und Politiker Vorstösse eingereicht, welche die Legitimität der Schweizer Zivilgesellschaft in politischen Belangen infrage stellen. Das ist an sich nichts Neues: Fast immer, wenn sich Nichtregierungsorganisationen - kurz NGO - zu einem brisanten Thema zu Wort melden, folgen postwendend parlamentarische Interpellationen oder Motionen, die fragen, ob die Organisationen überhaupt das Recht hätten, sich am politischen Diskurs zu beteiligen.

Die gegenwärtigen Reaktionen aber sind aussergewöhnlich. Die einen fordern vom Bundesrat einen umfassenden Bericht zur Finanzierung der NGO, andere wollen dem Bund, genauer der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), gleich ganz verbieten, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die sich in irgendeiner Weise zu politischen Fragen äussern. Während ein Bericht zu den Finanzflüssen kaum Neues zutage fördern wird - NGO mit Zewo-Gütesiegel wie Helvetas legen schon seit Jahren ihre Finanzzahlen detailliert offen -, ist die letzte Forderung gefährlich, da sie gegen demokratische Grundprinzipien verstösst. Wichtiger Bestandteil des demokratischen Dialogs und der Meinungsbildung ist es nämlich, dass sich auch organisierte Stimmen äussern können. Viele davon werden punktuell mit Bundesgeldern unterstützt - und zwar längst nicht nur Entwicklungsorganisationen. Niemand käme auf die Idee, diese Beiträge pauschal zu stoppen, weil sich die Akteure auch politisch äussern.

Zu Ende gedacht, verfolgen gewisse der hängigen Vorstösse ein höchst problematisches Ziel: die organisierte Zivilgesellschaft in politischen Fragen mundtot zu machen. Die parlamentarischen Interventionen

scheinen in diesem Licht in erster Linie machtpolitisch motiviert. Denn der knappe KVI-Entscheid hat bewiesen, dass eine gut organisierte und in der Sache geeinte Zivilgesellschaft ein ernstzunehmendes Gegengewicht bilden kann zu den bisher tonangebenden ausserparlamentarischen Akteuren wie Economiesuisse, dem Gewerbe- oder dem Bauernverband.

Das Engagement von Organisationen und Tausenden von freiwilligen Bürgerinnen und Bürgern ist ein hervorragendes Zeichen für die Schweizer Demokratie: Es zeigt, dass sich die Menschen für politische Themen interessieren und sich über Sprach-, Regions- und Generationsgrenzen hinweg organisieren, wenn sie das Thema bewegt. Wir können stolz sein auf eine solch aktive, kritische Zivilgesellschaft - als dritte Stimme und ausgleichende Kraft neben etablierten politischen und wirtschaftlichen Akteuren. Und wir sollten alles daransetzen, sie auch in Zukunft zu pflegen; als Korrektiv zugunsten

einer nachhaltigen Entwicklung, die es allen Stimmen erlaubt, an der demokratischen Meinungsbildung teilzunehmen, und auch die Schwächsten berücksichtigt, ob hierzulande oder in der Welt.

Nicht umsonst haben Vereine wie Helvetas die Mitwirkung an der politischen Meinungsbildung in ihren Statuten verankert. Als unabhängige Schweizer Organisation für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe setzen wir uns in rund 30 Ländern für bessere Lebensbedingungen und gegen Armut ein und sind täglich konfrontiert mit den Herausforderungen der Menschen im globalen Süden. Konsequenterweise engagieren wir uns auch im Inland, wenn es um politische Entscheide geht, die das Leben dieser Menschen direkt tangieren. Unsere 30 000 Mitglieder tragen dieses Engagement seit Jahrzehnten ausdrücklich mit - ideell und finanziell. Spenden- oder Bundesgelder hingegen setzen wir für unser politisches Engagement in der Schweiz nicht ein. Unsere wirkungsvolle Arbeit vor Ort und die entwicklungspolitischen Aktivitäten hier schliessen sich nicht aus. Im Gegenteil, beides gehört eng zusammen, wenn wir Menschen in Armut wirksam zu einem Leben in Würde verhelfen wollen.

Es ist daher nicht nur kurzfristig, sondern aus einer demokratischen Perspektive äusserst heikel, die vielfältige Schweizer Zivilgesellschaft beschneiden zu wollen. Genauso wie bei den Interessenverbänden der Wirtschaft oder der Landwirtschaft gehört es auch bei vielen Schweizer NGO und Vereinen zum Grundauftrag, sich politisch zu äussern und für ihre legitimen, auf Erfahrungen basierenden Anliegen einzustehen. Dies werden wir weiterhin tun, genauso wie wir uns auch im Ausland - beispielsweise in Moçambique, Bolivien oder Myanmar - für Demokratie und gute Regierungsführung einsetzen. Mit einer starken Zivilgesellschaft behält die Schweiz ihre internationale Vorbildfunktion. Der Demokratie zuliebe.

Melchior Lengsfeld



Melchior Lengsfeld, 52, ist seit 15 Jahren Geschäftsführer der Schweizer Entwicklungsorganisation Helvetas. Zuvor arbeitete er in Indien, Moçambique und Mali. Lengsfeld hat politische Philosophie und Volkswirtschaft studiert und an der ETH Zürich das Nachdiplomstudium für Entwicklungszusammenarbeit absolviert.